

Der sozialdemokratische Kämpfer



ORGAN DES BUNDES SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 3/4 - 1996

15 Schilling

10 Jahre Bundeskanzler Franz Vranitzky

SPÖ führt Österreich zum Jahr 2000

Die Koalitionsregierung Vranitzky V hat ihre Arbeit aufgenommen, und sie hat es sich nicht leicht gemacht. Die Budgetsituation erfordert einschneidende Maßnahmen, die aber von der Bevölkerung bisher mit viel Verständnis aufgenommen worden sind. Die Regierung will Österreich damit „bis zum magischen Jahr 2000 führen“, wie Bundeskanzler Vranitzky in seiner Regierungserklärung formulierte. Für uns Sozialdemokraten ist das Wichtigste, daß diese Regierung weiterhin von der SPÖ und ihrem Vorsitzenden Franz Vranitzky geführt wird und es bei den Regierungsverhandlungen gelungen ist, gefährlichen Experimenten eine klare Absage zu erteilen.



Bundeskanzler Vranitzky am 12. Februar 1996 in Ottakring (Foto Waschek).

Es stand ja nach dem 17. Dezember 1995 nicht sofort fest, daß die ÖVP neuerlich zu einer Koalition mit der SPÖ bereit ist. Der ÖVP-Obmann Schüssel und einige seiner Parteifreunde schwankten bis zum Dreikönigstreffen der ÖVP zwischen verschiedenen politischen Möglichkeiten, die ihnen offen zu stehen schienen. Da war die Möglichkeit, mit den Freiheitlichen gemeinsam eine Mehrheit im Nationalrat zu bilden, und die Wahl des Dritten Nationalratspräsidenten, des freiheitlichen Abgeordneten Brauneder, auch mit den Stimmen der ÖVP, schien in diese Richtung zu deuten. Dann gab es noch die abenteuerliche Variante mit dem Gang der ÖVP in die Opposition. Schließlich be-

hielten in der ÖVP doch die Vernünftigen die Oberhand, die sich der großen Traditionen ihrer Partei erinnerten und sich der Verantwortung für den Staat bewußt waren.

In der SPÖ herrschte von Anfang an völlige Klarheit, daß die am 17. Dezember erreichte Mehrheit wieder in Arbeit für Österreich umgesetzt werden muß. Auch wenn die Budgetstabilisierung schmerzliche Maßnahmen erfordert, so ist die SPÖ bereit, dafür die Verantwortung zu tragen im Bewußtsein, daß nur so der für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben erforderliche Bewegungsspielraum für die Politik gesichert werden kann. An der Spitze dieser Zukunftsaufgaben steht mit der Beschäftigungs-

offensive eine klassische sozialdemokratische Zielsetzung. Damit bekommt die Regierungsarbeit der nächsten Jahre wieder ihren sozialdemokratischen Akzent, der auch in vielen anderen Abschnitten des Regierungsprogramms zu finden ist. Auf dem Weg zum Jahr 2000 erscheint die Regierung Vranitzky V gut gerüstet, die Vielfalt der neuen Herausforderungen zu bewältigen.

Im kommenden Juni werden es zehn Jahre sein, daß Franz Vranitzky als Bundeskanzler an der Spitze der österreichischen Bundesregierung steht. Dazu ist unserem Genossen Vranitzky herzlich zu gratulieren. Er hat sich in einer schwierigen politischen Situation bereit erklärt, die Funktion des Regierungschefs zu übernehmen und diese verantwortungsvolle Aufgabe hervorragend bewältigt. Wir Freiheitskämpfer rechnen es Genossen Vranitzky besonders hoch an, daß er die Regierungszusammenarbeit mit der FPÖ nach der Wahl Jörg Haiders zum Parteiobmann für beendet erklärt hat und seither eine sehr klare politische Linie einnimmt, die bisher erfolgreich war, nämlich, die Freiheitlichen unter Haider von einer Regierungsbeteiligung fernzuhalten. Die Nationalratswahl vom 17. Dezember hat der F-Bewegung ihre Grenzen gezeigt. Eine grundsatztreue Politik der SPÖ wird den arbeitenden Menschen nützen und der F-Bewegung den Boden zu politischen Erfolgen entziehen.

Mit Zuversicht und Optimismus

Wir Sozialdemokraten können daher mit Zuversicht und Optimismus in die Zukunft schauen, und als Freiheitskämpfer können wir beruhigt sein: der Kampf gegen Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus ist auch unserem Bundeskanzler Vranitzky und den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern ein echtes Anliegen. Wir wünschen Genossen Franz Vranitzky zu seinem Regierungsjubiläum eine weiterhin erfolgreiche Arbeit für Österreich.

H. W.

Sozialdemokratie immer Bollwerk gegen rechts außen

Die SPÖ gedachte am 12. Februar 1996 beim ehemaligen Ottakringer Arbeiterheim der Opfer der Februar-kämpfe von 1934. SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Franz Vranitzky betonte in diesem Rahmen, daß die Sozialdemokraten immer auf der richtigen Seite gestanden seien – „wir waren immer ein Bollwerk gegen rechts außen“ – und gelobte im Gedenken an die Opfer von 1934, daß dies auch weiterhin so sein werde. Der Wiener SPÖ-Vorsitzende Bürgermeister Michael Häupl unter-



Bürgermeister Häupl vor der Gedenktafel in der Kreitnergasse.

strich, daß jene Arbeiter, die vor 62 Jahren ihr Leben und ihre Freiheit im Kampf gegen den Austrofaschismus riskiert hätten, Leitbild dafür sein müßten, was die Sozialdemokratie ausmache, nämlich gegen Krieg und Faschismus und für Demokratie und soziale Gerechtigkeit einzutreten.

Die sozialdemokratischen Freiheitskämpfer von 1934 hätten den Kampf zwar verloren, „aber die Idee hat weitergelebt und ist stärker geworden“, betonte Vranitzky. Er selbst habe alles Rechtsradikale und Faschistoide und auch nur das Liebäugeln mit derartigen Strömungen immer als Übel betrachtet, „und mit einem Übel sind keine Kompromisse möglich“, so der Bundeskanzler weiter. Deshalb habe er auch 1986 die Koalition mit den Freiheitlichen nicht weiterführen können.

Wer heute sage, rechtsradikales Gedankengut in so manchen österreichischen Schulen seien bloß pubertäre Erscheinungen, müsse bedenken, daß auch in den zwanziger und dreißiger

Jahren Jugendliche verführt, vergiftet und eingeschüchert worden seien. „Vielleicht waren es auch damals nur pubertäre Erscheinungen, aber in den Schützengräben war das Aufwachen zu spät“, warnte Vranitzky. Den heutigen Jugendlichen müsse ein ähnliches Schicksal erspart werden, „durch Wachsamkeit und durch das Erinnern daran, was war“, betonte der Bundeskanzler.

Eine Sprache, die von Wörtern wie „Säubern“ und „Ausmisten“ gekennzeichnet ist, sei sehr verräterisch. Eine solche Sprache habe schon einmal den Startschuß für tatsächliche Säuberungen gegeben, so Vranitzky weiter. Nachdem es am 17. Dezember des Vorjahres gelungen sei, den Freiheitlichen ein Minus zu verpassen, müßte es auch am 13. Oktober dieses Jahres gelingen, dieses Minus noch dicker werden zu lassen, so der Bundeskanzler abschließend.



Teilnehmer an der Februar-Gedenkundgebung (Fotos: Waschek).

4. Josef-Hindels-Symposium in Wien

Am 2./3. Februar 1996 veranstalteten die Wiener SPÖ-Bildung und die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer Wiens das diesjährige Josef-Hindels-Symposium im Karl-Czernetz-Bildungszentrum. Es war diesmal dem Gedenken an den 80. Geburtstag von Josef Hindels gewidmet. Der Landesbildungsvorsitzende Gemeinderat **Ernst Woller** wies auf die Gefahren von rechts, insbesondere auf das jüngste Lob Jörg Haiders für die Waffen-SS, als ein Symptom für seine Geisteshaltung hin. „Josef Hindels war ein Lehrer und Vorbild der jungen Generation und in der SPÖ als Bildungsfunktionär unersetzlich.“

Die knapp vor seinem Tode verfaßte Autobiographie präsentierten NR a. D. **Alfred Ströer**, Prof. Dr. **Wolfgang Neugebauer**, Prof. **Paul Blau** und NR a. D. Ing. **Ernst Nedwed** mit persönlichen Erinnerungen aus der Zeit des Wirkens von Josef Hindels. Diese Autobiographie, in der Hindels sein Leben, seine Hoffnungen und seine Enttäuschungen in der Illegalität, im Exil und in den ersten Jahren nach seiner Rückkehr nach Österreich beschreibt, birgt viel Stoff für Diskussionen im Kreise politischer Menschen.

Weitere Themen des Symposiums waren die Auseinandersetzungen mit Haiders Sprüchen, vorgestellt von **Dr. Brigitte Bailer** mit ihrem Buch „Haider wörtlich – Führer in die Dritte Republik“. Den Abschluß der Tagung,



Woller, Neugebauer, Ströer und Nedwed bei der Eröffnung des Josef-Hindels-Symposiums (Foto: Haslinger).

die unter der Leitung von Bundesrat **Dr. Michael Ludwig** stattfand, war ein Vortrag des Direktors des Karl-Renner-Instituts, **Dr. Erich Fröschl**, über „Rechtspopulistische Parteien und Strömungen in Europa“.

Die Autobiographie von **Josef Hindels** unter dem Titel „Erinnerungen eines linken Sozialisten“ ist zum **Organisationspreis von öS 90,- im Sekretariat der Freiheitskämpfer, 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 534 27/277** erhältlich.

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Herbert Exenberger, Ernst Nedwed, Alfred Ströer, Hans Waschek.

Gegen pseudosoziale Parolen

Obwohl Österreich heute im Gegensatz zu 1934 ein ausgebauter Wohlfahrtsstaat sei, „gibt es das Phänomen, daß einer durch die Lande zieht und erklärt, wie schlecht es sich in diesem Lande lebe und wie sehr die Sozialdemokratie die Arbeiterschaft im Stich gelassen habe“, erklärte Michael Häupl. Deshalb sei es eine wichtige Aufgabe, sich gegen jene zu stellen, „die versuchen, die Arbeiterschaft mit einer schon einmal dagewesenen Demagogie, mit Mitteln des Rassismus und Antisemitismus und mit pseudosozialen Parolen, zu verführen“. „Wir müssen heute an die Vergangenheit erinnern, um das Land vor einer neuerlichen Unterdrückung und neuem Faschismus zu bewahren“, betonte der Bürgermeister von Wien abschließend.

Auch der ehemalige Wiener Landtagspräsident **Hubert Pfoch** betonte anläßlich des Gedenkens an die Widerstandskämpfer von 1934, daß die österreichischen Sozialdemokraten den Faschismus immer bekämpft haben, „denn sie wußten, wenn er an die Macht kommt, ist Krieg unvermeidlich“. „Wir Sozialdemokraten waren immer die Eingesperrten und niemals die Einsperrer, denn wir stehen für Freiheit und Demokratie“, so Pfoch abschließend.



„Kündigungsgrund Nichtarier“

Mit einem wenig bekannten Aspekt der Nazizeit beschäftigt sich das Buch „Kündigungsgrund Nichtarier“, das die Vertreibung jüdischer Mieter aus den Wiener Gemeindebauten in den Jahren 1938/39 beleuchtet. In diesem Zeitraum wurden von der Wiener nationalsozialistischen Stadtverwaltung mehr als 2.000 Kündigungsverfahren gegen jüdische Mieter in Gemeindebauten durchgeführt. Die Autoren dieses Buches, Herbert Exenberger, Johann Koss und Brigitte Ungar-Klein informieren über die vielschichtigen Facetten der nazistischen Kündigungswelle gegen „Nichtarier“ (350 Seiten, Picus Verlag, Wien 1996, erscheint im April).

Der „Kämpfer“ veröffentlicht als Vorabdruck einen Auszug aus dem Kapitel „Sozialdemokratische Funktionäre, Künstler, Schriftsteller und Journalisten“:

Wie ein roter Faden zieht sich durch unterschiedliche Biographien gekündigter jüdischer Mieter immer wieder der Hinweis auf deren politisches Engagement für die Sozialdemokratie, viele von ihnen hatten bereits in der Jugendorganisation der Sozialdemokratie ihre politische Heimstätte gefunden, im Februar 1934 gegen die Zerschlagung ihrer Partei durch die Regierung Dollfuß gekämpft und waren in den Reihen der im Untergrund wirkenden Revolutionären Sozialisten gestanden. Stellvertretend für viele andere seien hier Alois Klausner und Philipp Rottenberg, sozialdemokratische Bezirksräte in der Brigittenau und ursprünglich im „Georg-Schmid-Hof“ wohnhaft; angeführt.

Philipp Rottenberg, Kassenbeamter, wurde mit seiner Frau am 5. Juni 1942 nach Izbica deportiert. Alois Klausner, der mit seiner Gattin in einer sogenannten „Mischehe“ lebte und als Hausbesorger beschäftigt war, erhielt vom Personalamt der NSDAP, Kreisleitung II, am 5. Juni 1938 folgendes Urteil:

„K. ist nicht Mitglied der NSDAP, ihr Gatte ist roter Bezirksrat und Obmann der roten Hausbesorger gewesen, ab 1934 Obmann der schwarzen Hausbesorger und außerdem Denunziant.“

Gegen die Kündigung erhob Anna Klausner Einwendungen mit der Begründung, daß die Eltern ihres Mannes unbekannt wären und es keineswegs geklärt sei, ob seine Mutter „nichtarischer“ Abstammung sei. Dennoch begründete die städtische Wohnhäuserverwaltung am 27. März 1939 neuerlich ihre Kündigungsabsicht.

„Alois Klausner, der auch Alois Leiser-Blumenberg heißt, wird von der städtischen Wohnhäuserverwaltung nach wie vor als Nichtarier gewertet, zumal von ihm bis heute keinerlei Nachweis für das Gegenteil erbracht wurde... Mit Rücksicht auf das berechtigte Bedenken der städtischen Wohnhäuserverwaltung gegen die rassische Abstammung von Alois Klausner, wird nach dem 18. April l. J. ohne weiteres die Auflösung des Dienstverhältnisses mit dessen Gattin Anna Klausner durchgeführt werden.“

Sozialdemokratische Fürsorgeräte hatten ihre Sozialarbeit „ohne Rücksicht auf politische oder religiöse Einstellung der von mir Befürsorgten“, wie es der seit 1919 bis zum 12. Februar 1934 tätige Michael Hönig formulierte, ausgeübt. Im „Bebelhof“ wohnte der Inkassant der Städtischen Versicherung und langjährige Fürsorgerat Max Grünhut. In seinem Ansuchen zur Aufhebung der Wohnungskündigung schrieb er über seinen politischen Werdegang:

„Geschusteller am 8. Juni 1868 als Jude geboren, nach Wien heimatberechtigt, seit dem Jahre 1896 laut Ausweis konfessionslos, ist nach dem Gesetz laut B.G.B. vom 25. 5. 1868 „Nichtjude“... Nachdem ich mich der sozialdemokratischen Bewegung angeschlossen hatte, wurde es mir als Arbeiter in meinem Berufe erschwert, festen Fuß zu fassen und wandte mich dem Versicherungsfache als Vertreter zu.“

Michael Hönig wurde am 23. November 1941 mit seiner Frau nach Kaunas deportiert, Max Grünhut starb am 7. September 1942 in Wien.

Aus ihren Wohnungen ausziehen mußten auch der Obmann der sozialdemokratischen Zahntechnik, Fritz Duschner, der am 16. Oktober 1933 an Julius Deutsch appellierte, „das Band unserer Genossen mehr als bisher beisammen zu halten“, um drohenden Austrittsbewegungen aus der Sozialdemokratischen Partei entgegenzuwirken; der führende Funktionär der Bezirksorganisation Floridsdorf, Mathäus Jiszda, dessen Frau nicht dem Rassenwahn der Nationalsozialisten entsprach, oder der Trafikant und Sozialdemokratische Vertrauensmann aus dem „Schlingerhof“, Milan Tyroler, der vom September 1942 bis zu seiner Befreiung 1945 im Ghetto Theresienstadt in Haft war. Im „Schlingerhof“ wohnte auch der Kaufmann Leo Sobel, der am 13. Februar 1934 an der Ecke Kretzgasse-Brünner Straße durch einen Oberschenkelschuß verletzt wurde.

Wir finden unter den gekündigten jüdischen Mietern Aktivisten der Revolutionären Sozialisten. Etwa die in der

Herbert Exenberger - Johann Koss - Brigitte Ungar-Klein
Kündigungsgrund Nichtarier

Die Vertreibung jüdischer Mieter aus den
Wiener Gemeindebauten in den Jahren 1938-1939

Picus



Leopoldstadt wirkenden Julius Adler und Ignatz Kohn, für die die SPÖ-Bezirksorganisation Leopoldstadt Bestätigungen über ihre illegale Tätigkeit gegen den Austrofaschismus ausstellte. Über den langjährigen Obmann des freigewerkschaftlichen Betriebsrates der Verkehrsbank Wien und Vizepräsident des Reichsvereines der Bank- und Sparkassenbeamten Österreichs, den Kriegsinvaliden Bernhard Braver, der am 5. Jänner 1943 nach Theresienstadt verschleppt und dort der Leiter des Menagedienstes war, schrieb der geschäftsführende Sekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten am 15. Juli 1947:

„Es ist uns weiter bekannt, daß Sie nach dem Jahre 1934, als die freigewerkschaftliche und sozialdemokratische Bewegung verboten wurde, sich

Fortsetzung auf Seite 4

Redaktionelle Mitteilung

Seit dem Jahr 1978 mache ich als Redakteur der Freiheitskämpfer den „Kämpfer“. Nun ist für mich der Zeitpunkt gekommen, diese Aufgabe in andere Hände zu legen, weil ich die Redaktion des Monatsmagazins des Pensionistenverbandes „Unsere Generation“ übernommen habe. Ich bleibe aber den Freiheitskämpfern und Opfern des Faschismus politisch und persönlich verbunden, als Mitglied des Wiener Vorstandes und als stellvertretender Vorsitzender der Bezirksgruppe Margareten. Meinem Nachfolger als Redakteur der Freiheitskämpfer wünsche ich ebensoviel Freude an dieser Arbeit, wie ich sie hatte und wofür ich dankbar bin.

Hans Waschek

NS-Opfer-Fonds: Hilfe für 1348 Personen

1348 Personen erhielten bisher Zuerkennung aus dem NS-Opfer-Fonds der Republik Österreich, berichtete dessen Generalsekretärin **Hannah Lessing-Askapa** in einer Sitzung des Kuratoriums des Fonds. 1310 dieser Zuerkennungen gingen an Personen, die älter als 75 Jahre sind. 256 mehr als 90-jährige NS-Opfer erhielten eine Unterstützung. Der Rest der Zuerkennungen betraf Personen, die aus Krankheitsgründen oder sozialer Bedürftigkeit vorgezogen wurden.

Insgesamt haben sich 17.242 Personen an den NS-Fonds gewendet. Es sind dies aus den USA 5752, aus Israel 3427, aus Österreich 2500, aus England

2392, aus Australien 795, aus Argentinien 224 Personen. Der Rest der Anträge entfällt auf weitere 54 Länder.

Der Fonds wurde im vergangenen Jahr gegründet und ist vorläufig mit 500 Millionen Schilling dotiert. Vorsitzender des Kuratoriums ist Nationalratspräsident **Dr. Heinz Fischer**, sein Stellvertreter ist der Zweite Nationalratspräsident **Dr. Heinrich Neisser**. Der Fonds erbringt Leistungen an jene Personen, die vom nationalsozialistischen Regime aus politischen Gründen, aus Gründen der Abstammung, Religion, Nationalität, sexuellen Orientierung, aufgrund eines Gesundheitsschadens oder aufgrund des Vorwurfes der sogenannten Asozia-

lität verfolgt wurden oder das Land verlassen haben, um einer solchen Verfolgung zu entgehen, wobei insbesondere Betroffene berücksichtigt werden, die bisher von Österreich keine oder eine völlig unzureichende Leistung erhielten bzw. die in besonderer Weise der Hilfe bedürfen.

Voraussetzung für Zuerkennungen ist ein Fragebogen, der ausgefüllt an das Büro des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus (A-1017 Wien, Parlament) zu senden ist und gleichzeitig einen Antrag an den Fonds darstellt. Das Büro des Nationalfonds ist im Parteienverkehr von Montag bis Donnerstag von 9 bis 12 Uhr oder telefonisch unter der Wiener Nummer (0 22 2) 408 12 63 erreichbar.

Klare Worte von Dr. Neisser

Der Zweite Präsident des Nationalrats, der ÖVP-Abgeordnete **Dr. Heinrich Neisser**, hielt bei der Jahresversammlung des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes (DÖW) am 7. März 1996 in Wien eine Ansprache, in der er sagte, das DÖW nehme eine „zentrale Rolle im Rahmen der österreichischen Zeitgeschichtsforschung“ ein. Dr. Neisser nahm auch zu FPÖ-Aussagen der letzten Zeit in einer Weise Stellung, die es rechtfertigt, diese Passagen aus seiner Ansprache wörtlich zu zitieren:

Gerade in den vergangenen Wochen und Monaten ist einmal mehr deutlich geworden, wie groß die Versuchung für die Politik und ihre Repräsentanten ist, sich vermeintlicher zeithistorischer Legitimationsmuster zu bedienen. Noch schlimmer wird es freilich, wenn man zum historischen Vergleich als Methode der politischen Aufrechnung greift oder aber durch bewußte Aus- und Weglas-

sung die Bewertung des Historikers oder die Quelle des historischen Dokuments in bewußt falscher Form zur Bemäntelung politischer Handlungsweisen heranzieht.

Lassen Sie mich zwei Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit anführen:

Im Dezember des vergangenen Jahres wurde die durch nichts zu rechtfertigende Aussage, wonach der Waffen-SS „alle Ehre und Anerkennung“ zustünde, mit einer Ehrenerklärung des deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer für die Waffen-SS zu relativieren versucht. Bewußt wurde dabei das Zitat insoweit manipuliert, als der deutsche Kanzler seine Erklärung mit einer Einschränkung versehen hatte: „soweit sie ausschließlich als Soldaten ehrenvoll für Deutschland gekämpft haben“. Dieser wichtige Zusatz, der ganz entscheidend für die Haltung Adenauers gewesen war, wurde bewußt unterschlagen. Ein klassischer Fall von historischer Manipulation zu vordergründigen politischen Zwecken.

Eine noch drastischere Begebenheit geht in das Jahr 1993 zurück. Damals produzierte das Bildungswerk der Freiheitlichen Partei ein Videoband, in dem mittels einer filmischen Manipulation die Behauptung aufgestellt wurde, der österreichische Nachkriegskanzler Julius Raab habe mit zu jenen gehört, die am 15. März 1938 Adolf Hitler jubelnd auf der Ringstraße empfangen hätten.

Die Absicht bestand darin, zu suggerieren, daß auch Vertreter des autoritären Österreich, die nach 1945 entscheidenden Anteil am Wiederaufbau Österreichs haben sollten, Sympathien für den Nationalsozialismus gehabt hätten.

Relativierung durch historischen Vergleich – eine beliebte Methode derjenigen, die die Verbrechen des Nationalsozialismus in ihrer Einzigartigkeit zu negieren bestrebt sind. Deshalb ist es auch

in keiner Weise akzeptabel, in Leserbriefen, Rezensionen etc. die Ereignisse vom 25. Juli 1934, als der österreichische Bundeskanzler Dollfuß Opfer eines feigen und berechneten Mordes wurde, als Totschlag darzustellen und im selben Atemzug vom Attentat des Grafen Stauffenberg – dem wohl klassischen Fall der Anwendung des Widerstandsrechtes – als einem Mordversuch zu sprechen.

Mauthausen-Konferenz in Wien

In Wien fand Anfang Dezember 1995 die erste internationale wissenschaftliche Konferenz über das Konzentrationslager Mauthausen statt. Der Präsident des Internationalen Mauthausen-Komitees, **Joseph Hammelmann**, erklärte bei der Eröffnung der Konferenz, man müsse „der Erinnerung eine Zukunft geben“. Innenminister **Dr. Caspar Einem** betonte, angesichts des Grauens, das sich in diesem Lager abgespielt habe, müsse man sich in Erinnerung behalten, daß die Geschichte immer irgendwo anfängt – dies gerade in der jetzigen Zeit, die reich ist an Ausgrenzung, der Suche nach Schuldigen sowie Verabreichung von Angst. Aufgabe der Tagung sei es, eine Bilanz der bisherigen Forschung zu ziehen und Anregungen für die künftige Forschung zu geben, sagte der wissenschaftliche Leiter der Konferenz, **Enzo Collotti** von der Universität Florenz. Collotti bezeichnete Mauthausen als Eckpfeiler des NS-KZ-Systems. Mauthausen habe sich vom Auffanglager für Dachau zum selbständigen KZ entwickelt, in dem bis zum Kriegsende 200.000 Häftlinge festgehalten wurden. Die Konferenz wurde vom Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien sowie der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte veranstaltet.

Fortsetzung von Seite 3:

weiter im sozialistischen und freigeberwirtschaftlichen Sinne betätigt haben. Insbesondere haben Sie nach dem Jahre 1938 nach glaubwürdigen Mitteilungen eine antinazistische und positiv sozialistische Tätigkeit im Kreise von Bankangestellten entfaltet.“

Nach der Wahl vom 7. April 1946 gehörte Bernhard Braver dem Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde Wien an und war ab 1948 Mitherausgeber der Zeitschrift „Weltenwende“.

Als langjähriger Mitarbeiter der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Landstraße wurde am 21. Jänner 1933 der Schlosser Albert Bock geehrt. Die Festrede für diese Feierstunde hielt Otto Bauer. Albert Bock und seine Frau Sofie standen nach dem Februar 1934 in den Reihen der Revolutionären Sozialisten. Am 6. Mai 1942 wurden sie mit ihrer Tochter nach Minsk deportiert.

„Die Achtung der Welt errungen“

Der Wiener Sozialistenprozeß 1936

„Als erste Angeklagte betritt Marie Emhart mit einer roten Blume an ihrem Kleid, aufrecht, in stolzer Haltung den Saal. Sie erhebt die Faust zum Freiheitsgruß. Die anderen Angeklagten, die der Reihe nach hereingeführt werden, tun das gleiche. Und sofort merkt man: Die hat die Haft nicht gebrochen“, meldete der sozialistische Prozeßberichterstatler vom Beginn des großen Sozialistenprozesses im Jahr 1936.

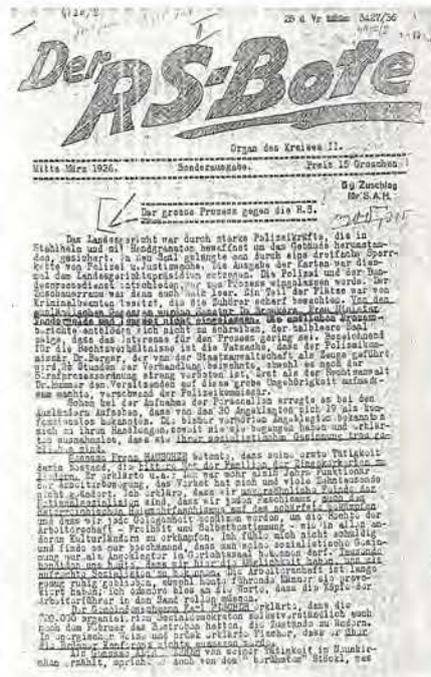
Es war ein Montag, dieser 16. März 1936, an dem die Verhandlung im Großen Schwurgerichtssaal des Grauen Hauses in Wien ihren Anfang nahm. Angeklagt waren 29 junge Sozialistinnen und Sozialisten wegen des Tatbestandes des Hochverrats gegen den damals in Österreich herrschenden faschistischen Staat, wobei die Anklage auf die Todesstrafe für die Hauptangeklagten hinauslief, zu denen neben Marie Emhart auch der frühere Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Karl Hans Sailer, gehörte. Den Vorsitz des Schöffengerichts hatte Dr. Osio inne, der zwei Jahre vorher, 1934, den jungen Sozialisten Josef Gerl zum Tod verurteilt hatte.

Die 1918 gegründete Erste Republik schlitterte schon im März 1933 ins autoritäre Fahrwasser, als der christlich-soziale Bundeskanzler Dollfuß wegen eines parlamentarischen Geschäftsordnungsfehlers den Nationalrat auflöste und in der Folge sozialdemokratische Institutionen mit Verbot und Zensur belegte. Dem blutigen 12. Februar 1934 folgte die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei und die Errichtung eines klerikalfaschistischen Systems in Österreich. Das Verbot ihrer Partei hielt die Sozialisten aber keineswegs von der Weiterführung der politischen Arbeit ab, die allerdings in der Illegalität stattfinden mußte. Dazu hatten sich Tausende Anhänger der Partei als „Revolutionäre Sozialisten“ (RS) organisiert.

Anfang September 1934 schon hielten die RS in Blansko bei Brünn eine „Wiener Konferenz“ ab, bei der eine Prinzipienklärung beschlossen wurde. Dem in Blansko gewählten Zentralkomitee gehörten neben Karl Hans Sailer als Vorsitzendem Roman Felleis, Karl Maisel und Franz Rauscher an, der schon wenige Wochen danach in Wien verhaftet wurde. Die Bewegung, die sich seit Blansko „Vereinigte Sozialistische Partei“ nannte, hielt Ende 1934 in Brünn eine Konferenz ab, die offenbar auch von Polizeispitzeln beobachtet wurde. Dieser Umstand hatte zur Folge, daß im Laufe des Jahres 1935 die wichtigsten Persönlichkeiten der RS verhaftet werden konnten. In Wiener Neustadt fand der erste Hochverratsprozeß wegen der Brüunner Reichskonferenz statt.

Die in Brünn gedruckte und illegal

über die Grenze nach Österreich geschmuggelte „Arbeiter-Zeitung“ be-



schäftigte sich inzwischen mit der Verteidigungsstrategie für den zu erwartenden Wiener Hochverratsprozeß und kam zu dem Schluß: „Wir müssen erreichen, daß jeder Gerichtssaal zur Tribüne der revolutionären Propaganda wird und jeder angeklagte Sozialist zur Fanfare der Revolution!“ Schon vor Be-

Höhepunkt war die Rede Bruno Kreiskys

ginn der Hauptverhandlung verstärkten sich in- und ausländische Solidaritätsaktionen für die angeklagten Sozialisten, so daß das Bundeskanzleramt alle Behörden mit der Verhinderung solcher Aktionen beauftragte. Der Bundespressediens wurde angewiesen, für die amtliche Berichterstattung über den Prozeß zu sorgen.

In welchem Geist die Angeklagten vor ihrem Richter traten, zeigte sich schon bei Franz Rauscher, der sich geehrt fühlte, hinter der gleichen Zeugenbarre stehen zu dürfen, hinter der knapp zwanzig Jahre zuvor Fritz Adler gestanden war. Höhepunkt des ersten Verhandlungstages war die Rede Bruno Kreiskys. Der damals 25jährige Jusstudent sprach grundsätzlich über Klassenkampf und Revolution und legte ein eindringliches Bekenntnis zur Freiheit ab: „Ich möchte weiter sagen, daß es für Österreich einen Augenblick geben kann, in dem durch die Bedrohung von außen es notwendig wird, daß man ein großes Volksaufgebot erläßt, denn unser verhältnismäßig kleines Heer könnte nur wenige Stunden die Grenzen verteidigen. Ganz anders ist es aber, wenn die überwiegende Mehrheit des Volkes das Land verteidigt. Dieser Wille und der Mut wird nur da sein, wenn Freiheit herrscht.“ Ein mutiges und voraussehendes Wort zwei Jahre vor dem „Anschluß“ 1938.

„Sie haben die revolutionären Sozialisten Österreichs vor Europa legitimiert ...“

Nach sechs Verhandlungstagen fällt das Gericht am 24. März 1936 die Urteile: Sailer bekam 20 und Emhart 18 Monate, Kreisky 12 Monate schweren Kerkers. Rauscher wurde zu 10 Monaten einfachen Kerkers verurteilt. 13 Angeklagte wurden freigesprochen, unter ihnen der damalige Schriftsetzer und RS-Bezirksleiter für Floridsdorf, Franz Jonas, der nach 1945 Wiener Bürgermeister und später Bundespräsident wurde.

Zu den verhältnismäßig milden Urteilen hatten sicher die internationalen Solidaritätsaktionen und Presseberichte beigetragen. Ebenso richtig bleibt aber auch die Feststellung Otto Leichters: „Die Weltpresse hätte dem Prozeß nicht soviel Aufmerksamkeit zugewendet, wenn das Verhalten der Angeklagten ihn nicht vom ersten Tage an zu einem großen Ereignis gestempelt hätte. ... Sie haben die Revolutionären Sozialisten Österreichs vor Europa legitimiert, sie haben ihnen die Achtung der Welt errungen.“ Der Sozialistenprozeß 1936 ist ebenso in die Geschichte der Arbeiterbewegung eingegangen wie der Hochverratsprozeß von 1870 gegen die Mitglieder des Ersten Wiener Arbeiterbildungsvereins.

Aus: *Unsere Generation*, März 1996.

Widerstand gegen Hitler: „Gestorben für Österreich“

Die Bilanz des Hitler-Regimes ist furchtbar und verdient es, immer wieder in Erinnerung gerufen zu werden: 2700 Österreicher wurden in Gerichtsverfahren als aktive Widerstandskämpfer zum Tode verurteilt und justifiziert, 16.493 österreichische Widerstandskämpfer wurden in Konzentrationslagern ermordet, 6420 Österreicher sind in Zuchthäusern und Gefängnissen in den von der Hitlerwehrmacht besetzten Ländern umgekommen, 4097 österreichische Juden wurden in KZ-Lager verschleppt, 48.504 Juden wurden aus Österreich deportiert, 15.000 österreichische Juden, denen die Flucht ins Ausland gelang, kamen wieder unter deutsche Besetzung und wurden in Vernichtungslager geschickt, 6000 Roma und Sinti wurden in KZ-Lagern und anderswo umgebracht.

Diese Zahlen finden sich in dem Buch von **Herbert Steiner** „Gestorben für Österreich – Widerstand gegen Hitler“ (Löcker Verlag, Wien 1995), das auf 246 Seiten letzte Briefe von zum Tode verur-

teilten österreichischen Widerstandskämpfern und andere Dokumente aus dieser Zeit ohne Gnade enthält. Prof. Dr. Steiner, der langjährige Leiter des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstands, hat solche „letzte Briefe“ schon 1964 in dem Buch „Zum Tode verurteilt – Österreicher gegen Hitler“ veröffentlicht. Eine Auswahl dieser Briefe wurde von bekannten Schauspielern gelesen und auf einer Schallplatte aufgenommen. 1968 erschien dann das Buch „Gestorben für Österreich – Widerstand gegen Hitler“, das bald vergriffen war. Außer in Bibliotheken wird man beide Bücher heute kaum mehr finden. Anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung Österreichs von der nationalsozialistischen Terrorherrschaft im Jahr 1995 wurde ange-regt, eine Auswahl der „letzten Briefe“ zu veröffentlichen, die von Ministerialrätin i. R. **Dr. Elisabeth Campagner** besorgt wurde.

Sein Geleitwort zu dem Buch schließt

Herbert Steiner mit folgenden Sätzen: „Möge dieses Buch beitragen, das Vermächtnis der hingerichteten Widerstandskämpfer zu erfüllen. ‚Niemals wieder‘ war nach 1945 eine ernste Mahnung der überlebenden Widerstandskämpfer. Die rechtsextremen Aktivitäten in verschiedenen Ländern, auch in Österreich, sind für alle eine ernste Mahnung. Dagegen Widerstand zu leisten, ist eine dringende Aufgabe. Dieses Buch möge dazu ein bescheidener Beitrag sein.“

Bei den „letzten Briefen“, die von prominenten und unbekannteren Widerstandskämpfern verschiedener politischer Lager geschrieben wurden, fällt auf, mit welchem Mut und Stolz diese Frauen und Männer sich angesichts ihres nahen gewaltsamen Endes zu ihrem Leben und zu ihren politischen Idealen bekennen. Alle sind sie aufrechten Ganges in den Tod gegangen, niemand hat um Gnade gebettelt. Sie sind gestorben für Österreich.

„Braun-blaue Schreier“

Das Oberlandesgericht Wien hat Ende Jänner 1996 einen Antrag von F-Obmann Dr. Jörg Haider und der Freiheitlichen auf einstweilige Verfügung gegen den Leiter des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes (DÖW), **Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer**, abgewiesen.

Haider hatte eine Unterlassung der Aussagen Neugebauers begehrt, wonach „die Freiheitliche Partei des Dr. Jörg Haider heute als Hauptkraft des österreichischen Rechtsextremismus anzusehen ist und insbesondere in der ausländerfeindlichen Politik und Propaganda an der Spitze steht und auch den geistigen Boden für solche Anschläge aufbereitet hat.“ Neugebauer hatte diese Aussagen in einem Interview für die ARD anlässlich der Briefbombenserie vom Juni 1995 getroffen. Haider hatte in diesen Äußerungen Neugebauers den Vorwurf eines ehrenrührigen Verhaltens geortet. Das Oberlandesgericht berief sich in seiner Urteilsfindung unter anderem auf die Freiheit der Wissenschaft und die Freiheit der Lehre.

DÖW-Leiter **Neugebauer** wies anlässlich des OLG-Urteils darauf hin, daß es ungefähr zehn Klagen Haiders gegen ihn gebe. Durchgegangen sei bisher von F-Seite aber nur eine einstweilige Verfügung gegen die Titelseite des Handbuchs über Rechtsextremismus, das

Haider vor der Reichskriegsflagge zeigte. Er selbst, so Neugebauer, habe zwei Klagen gegen Haider und die FPÖ eingebracht.

Der Oberste Gerichtshof hat ebenfalls Ende Jänner 1996 in einem Urteil festgestellt, daß F-Obmann Haider und sein Stellvertreter Ewald Stadler „braun-blaue Schreier“ genannt werden dürfen.

Stadler hatte den früheren Dornbirner SPÖ-Bezirksobmann **Erich Wüstner** wegen Kreditschädigung geklagt, weil dieser „von selbsternannten FPÖ-Führern wie Jörg Haider, Ewald Stadler, Reinhard Bösch und anderen braun-blauen Schreibern“ gesprochen hat. Der Oberste Gerichtshof hält diese Äußerung für zulässig.

Kritik an Welser Bürgermeister

Im Budgetentwurf der Stadt Wels für 1996, auf den sich SPÖ, ÖVP und die F-Bewegung einigten, ist auch eine Subvention von 520.000 Schilling an den Welser Turnverein vorgesehen. Der Leiter des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes (DÖW), **Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer**, sprach in einem Brief an die SP-Gemeinderäte von Wels von einer „Schande“. Der Österreichische Turnbund sei „heute die mit Abstand wichtigste Organisation des Deutschnationalismus und Rechtsextremismus“. Nicht umsonst habe das Landesgericht Wien in einem rechtskräftigen Urteil die Politik der ÖTB-Führung als „nationalsozialistisch und österreichfeindlich“ einge-

stuft. Der Welser Bürgermeister **Karl Bregartner** meinte dazu, der Welser Turnverein gehöre zwar der Dachorganisation des ÖTB an, sei „aber eigenständig“.

In einem Brief an den Welser Bürgermeister Bregartner forderten 82 Wissenschaftler der Linzer Kepler-Universität, den rechtsextremen Symbolen ein Ende zu bereiten. Bregartner habe ein Historikergutachten negiert, in dem er gebeten wurde, die „Spuren des Nazismus“ zu entfernen. Ebenso habe Bregartner die Aufforderung des SPÖ-Bundesparteivorstandes ignoriert, die nach Nazibonzen benannte „Moritz-Etzold-Halle“ und die „Kernstockstraße“ umzubenennen.

Opferfürsorgegesetz 1947

Versorgungsleistungen und Einkommensgrenzen ab 1. Jänner 1996

(Anpassungsfaktor: 1,023)

Opfer

MdE	Opferrente § 11 Abs. 2	Zulage § 11 Abs. 11
30 v. H.	1.090	-
40 v. H.	1.634	-
50 v. H.	2.179	2.846
60 v. H.	2.724	2.846
70 v. H.	3.269	2.846
80 v. H.	4.358	2.846
90/100 v. H.	5.448	2.846

Zulage § 11 Abs. 2: 509

Alterszulage § 11 Abs. 2 KOVG: 224

Erschwerniszulage § 11 Abs. 3 KOVG

Ab Vollendung des	Minderung der Erwerbsfähigkeit				
	50 v.H.	60 v.H.	70 v.H.	80 v.H.	90/100v.H.
65. Lebensj.	243	408	493	653	816
70. Lebensj.	494	815	925	1.091	1.308
75. Lebensj.	900	1.226	1.365	1.524	1.690
80. Lebensj.	1.308	1.637	1.800	1.963	2.127

Schwerstbeschädigtenzulage § 11 a Abs. 4 KOVG

lit. a	lit. b	lit. c	lit. d	lit. e	lit. f
1.634	2.179	2.724	3.269	3.814	4.358

Erziehungsbeitrag § 11 Abs. 10: 862, gek.: 431

Pflege- und Blindenzulage § 18 Abs. 4, 5 und 19 KOVG

Stufe I	Stufe II	Stufe III	Stufe IV	Stufe V	Stufe V erh.
7.368	11.047	14.732	18.417	22.092	29.456

Blindenführzulage § 20 KOVG: 1.599

Kleider- und Wäschepauschale § 20a KOVG:

Ziffer 1: 242 Ziffer 2: 385 Ziffer 3: 643

Unterhaltsrente § 11 Abs. 5 zugleich EINKOMMENSRENDE

Alleinstehend: 10.822¹⁾ verheiratet bzw. für Lebensgefährtin sorgen: 13.956¹⁾

¹⁾ Erhöhung der Einkommensgrenze um 431 für jedes Kind, für das ein Erziehungsbeitrag gebührt.

Hinterbliebene

Grundrenten § 11 Abs. 3 für				
Witwen, Witwer	einf. Waisen	Doppelwaisen	Elternteil	Elternpaar
2.179	2.179	2.179	2.179	2.879

Unterhaltsrente § 11 Abs. 5 zugleich EINKOMMENSRENDE
Witwen, Witwer, Waisen, Eltern: 9.762²⁾

Beihilfen § 11 Abs. 7

Witwen, Witwer und Waisen: 10.066

EINKOMMENSRENDE dafür: 11.215²⁾

²⁾ Erhöhung um 840 für jedes waisenrentenberechtigte Kind.

MINDESTWITWEN-(WITWER-)BEIHILFE § 11 Abs. 7: 70

Diätzuschuß §§ 14 und 46b KOVG

niedrigste Stufe	mittlere Stufe	höchste Stufe
339	683	1.024

Sterbegeld § 12a

	Höchstausmaß	Mindestausmaß	anrechenbarer Höchstbetrag
voll	12.711	7.621	5.090

Professor Edgar Schranz



Unser Vorstandsmitglied, Genosse **Dr. Edgar Schranz**, wurde im März mit dem ihm vom Bundespräsidenten verliehenen Berufstitel „Professor“ ausgezeichnet. Die Verleihung nahm Wissenschaftsminister Dr. Rudolf Scholten vor, die Laudatio hielt Nationalratspräsident Dr. Heinz Fischer. Wir gratulieren unserem jüngsten Professor sehr herzlich!



DVR:0029106/FK/205/919
 HERRN
 JOHANNES SCHWANTNER
 DARINGERG.14/25/6
 1190 WIEN

Erscheinungsort Wien
 Verlagspostamt Wien 1010

P.b.b

Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
 an den Absender

Wien

Genosse **Ernst Stiller** ist am 6. März 1996 nach langer, schwerer Krankheit im 68. Lebensjahr verstorben. Die Wiener Freiheitskämpfer haben mit Genossen Stiller nicht nur einen Funktionär verloren, sondern auch einen Freund,

dessen freundliche und bescheidene Art unvergessen bleiben wird.

Ernst Stiller wurde am 9. November 1928 geboren. 1945 wurde er Mitglied der SPÖ, von 1945 bis 1954 war er in der Sozialistischen Jugend Penzing tätig, deren Obmann er seit 1950 war. 1971 wurde er Sektionsvorsitzender der Sektion 18 der SPÖ-Bezirksorganisation Penzing, seit 1975 war er Bezirksrat. 1985 wurde Genosse Stiller Bezirksobmann der Freiheitskämpfer. Er war Träger der Victor-Adler-Plakette und wurde 1989 mit dem Goldenen Verdienstzeichen der Stadt Wien ausgezeichnet. Im Wiener Vorstand der Freiheitskämpfer übte Genosse Stiller die Funktion des Kassiers aus.

Die Freiheitskämpfer werden Genossen Ernst Stiller niemals vergessen.



Salzburg

Gedenkveranstaltung. Am 1. November 1995 hielt der Landesverband Salzburg der Freiheitskämpfer wie alljährlich eine Gedenkveranstaltung beim Mahnmal ab. Salzburgs SPÖ-Politiker

waren zu dieser Veranstaltung fast vollzählig erschienen. Die Eisenbahnermusikkapelle gab der Veranstaltung einen würdigen Rahmen. Nach der Begrüßung und einer kurzen Ansprache des Landesvorsitzenden **Edi Goldmann** hielt unser Landesparteivorsitzender, Landeshauptmann-Stellvertreter **Gerhard Buchleitner**, die Gedenkrede. Mit dem „Lied der Arbeit“ wurde die Gedenkkundgebung beendet.

Wir gratulieren im März und April

Zum 75. Geburtstag: Dr. Kurt **Stättner**, NÖ; Johann **Bauer**, Wien; Anna **Haumer**, Wien; Komm.-Rat Wilhelm **Menczik**, Wien; Hilde **Heugl**, Wien; Maria **Heuberger**, Sbg.; Stefanie **Dytrich**, Wien, Dr. Josef **Staribacher**, Wien; Gottfried **Leitner**, Stmk.; Abg. a. D. Georg **Kriz**, NÖ; Franz **Altenberger**, OÖ; Leopoldine **Kirchenberger**, Wien; Hella **Fixel**, Wien; Othmar **Mayerl**, Wien; Alois **Kraushofer**, NÖ; Ernestine **Musik**, Wien; Franz **Griesser**, NÖ; Franz **Track**, Wien; Erich **Müller**, Stmk.; Leopold **Herzog**, Wien.

Zum 80. Geburtstag: Josefina **Draxler**, Sbg.; Maria **Hiadej**, Wien; Wilhelm **Slezak**, Wien; Ottokar **Holubarz**, Wien; Ferdinand **Falterbauer**, OÖ; Franz **Schröpfer**, Wien; Friedrich **Hlavaty**, Wien; Anton **Narrath**, Stmk.; Johann **Schwab**, Wien; Gustav **Gronich**, Wien; Eduard **Popp**, Wien; Friedl **Mayerhöfler**, Wien; Hilda **Steiner**, Wien.

Zum 85. Geburtstag: Viktor **Gombocz**, Stmk.; Johann **Nimmerrichter**, Wien; Marie **Gruber**, Wien; Anna **Schön**, Stmk.; Maria **Höfernig**, Ktn.; Josef **Wacke**, Wien.

Zum 90. Geburtstag: Leopold **Nezhyba**, Wien; Josef **Hurka**, Wien; Josef **Dorfer**, Sbg.; Rudolf **Guttman**, NÖ; Rosalia **Böhm**, Wien; Johann **Mitrovity**, Bgld.; Berta **Hosek**, NÖ.

Zum 91. Geburtstag: Rupert **Pötsch**, Stmk.; Bezirksrat a. D. Johann **Kancz**, Wien; Johann **Eibl**, NÖ; Emmi **Haitzman**, Ktn.

Zum 92. Geburtstag: Berta **Ottwald**, Wien; Leo **Mistingner**, Wien; Margarete **Zykuda**, Wien; Richard **Muhr**, OÖ.

Zum 93. Geburtstag: Josef **Menezl**, Tirol; Rudolf **Horak**, Wien.

Zum 94. Geburtstag: Hans **Rosenberger**, Wien; Karl **Mach**, Wien.

Zum 95. Geburtstag: Karl **Lamm**, Stmk.

Gegen Vergessen – für Demokratie und Menschlichkeit Beitrittserklärung

Ich erkläre meinen Beitritt zum Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Wien 1., Löwelstraße 18

Name: Geb.-Datum:

Adresse: Bez.-Org.:

Beruf: SPÖ-Mitglied seit:

Datum

Unterschrift

Die Beitrittserklärung ist an das Sekretariat der Freiheitskämpfer, Wien 1., Löwelstraße 18, bzw. an das zuständige Bezirkssekretariat zu senden.

An unsere Leser!

Redaktionsschluß für die Nummer 5/6 ist der 30. Mai 1996.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0.
 Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien.